

Fall 5: Hotelzimmerbuchung

Fall aus einer Anfängerübung

Sachverhalt

Frau Gerster (G) richtet an das Hotel Heidemann (H) per Fax eine Anfrage nach dem Preis für ein Einzelzimmer mit Halbpension für 14 Tage in der Zeit ab dem 01.07. H schickt daraufhin an G einen bereits ausgefüllten und unterschriebenen Entwurf eines schriftlichen „Beherbergungsvertrags“, in dem es auszugsweise wie folgt heißt:

„Ziff. 3: Der Vertrag kommt mit dem Zugang des vom Kunden unterschriebenen Beherbergungsvertrags zustande.

Ziff. 4: Unser Angebot gilt 14 Tage.“

18 Tage, nachdem G das Schreiben erhalten hat, geht der nunmehr auch von G unterschriebene Beherbergungsvertrag per Post wieder bei H ein, der daraufhin eine entsprechende Reservierung vornimmt.

Nachdem G bis zum 02.07. morgens nicht angereist ist, erfährt H auf telefonische Nachfrage von G, er könne anderweitig über das Zimmer verfügen, da sie „die Reise aus sehr persönlichen Gründen“ nicht antreten werde. H möchte wissen, ob zwischen ihm und G ein Vertrag zustande gekommen ist.

Vervollständigen Sie bitte zunächst die Aufzählung

Anfrage Frau G mit Inhalt _____

H schickt G _____

18 Tage später _____

H nimmt _____

02.07. _____

H möchte wissen, ob _____

Hinweis

Bei der folgenden Lösung sind zu Übungszwecken nochmals die Buchstaben N, D und S jeweils vor die Absätze gesetzt worden. In eine Klausur gehört eine solche Aufzählung nicht hinein!

Lösung

- N Einleitung:** Es ist zu prüfen, ob zwischen H und G ein Vertrag zustande gekommen ist¹.
- D** Ein Vertrag kommt durch die **rechtzeitige Annahme** eines **Angebots** zustande². Also müsste eine Partei ein **Angebot** zum Abschluss eines Vertrags gemacht haben und die andere Partei müsste dieses Angebot rechtzeitig angenommen haben. Ein Angebot (Antrag) ist eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung, durch die der Antragende einem anderen den Abschluss eines Vertrags verbindlich anbietet. Das Angebot setzt deshalb einen **Rechtsbindungswillen** voraus und muss die wesentlichen Bestandteile des Vertrags (**Parteien, Leistung, Gegenleistung**) umfassen, sodass der Vertrag durch ein schlichtes (einfaches) „Ja“ oder „Einverstanden“ der anderen Seite zustande kommen kann.
- N** Die per Fax unterbreitete Anfrage der G könnte ein Angebot sein.
- S** Das ist aber nicht der Fall, weil sich aus der Anfrage ergibt, dass G sich nur nach dem Preis erkundigen, aber noch keinen Vertrag abschließen will. Sie handelt ohne **Rechtsbindungswillen**. Da der Preis für die von G gewünschten Leistungen nicht feststeht, fehlt außerdem ein wesentlicher Vertragsbestandteil, sodass auch deshalb kein Angebot vorliegt. Das Fax ist lediglich eine invitatio ad offerendum³.
- N** H könnte durch das Zuschicken des Vertragsentwurfs ein Angebot abgegeben haben.
- S**⁴ Das Zusenden des bereits unterschriebenen Entwurfs ist – im Gegensatz zur bloßen Übersendung eines Prospekts – aus der Sicht der Erklärungsempfängerin, also der G, gemäß **§§ 133, 157 BGB** so zu verstehen, dass H einen verbindlichen Vertragsantrag unterbreiten will. Dies ergibt sich auch aus der Ziff. 3 des von H bereits unterzeichneten Vertragsentwurfs. Die Vertragsbestandteile sind ebenfalls klar, nämlich H und G als Parteien, die Leistung (14 Übernachtungen im Einzelzimmer mit Halbpension ab 01.07.) und die Gegenleistung (Preis). Das Verhalten des H ist so zu bewerten, dass der Abschluss des Vertrags nur noch von der Annahme durch G abhängen soll.
- N** Da das Angebot des H unter Abwesenden abgegeben wurde, wird es erst mit dem **Zugang** bei G wirksam (§ 130 Abs. 1 S. 1 BGB)⁵.

¹ Da hier *nicht* nach einem Anspruch des H gegen G gefragt ist, fängt die Prüfung auch hier *nicht* mit einer *Anspruchsgrundlage* an. Es sind auch keine Ausführungen dazu erforderlich, welcher Vertragstyp vorliegen könnte.

² Dies lässt sich aus dem ersten Teil des Satzes 1 des § 151 BGB ableiten, doch wird diese Vorschrift in der Regel nicht erwähnt.

³ Zur invitatio ad offerendum vgl. S. 23 f. im Lehrbuch.

⁴ Die Definition „Angebot“ darf (muss) nicht wiederholt werden! Deswegen fehlt an dieser Stelle das „D“.

⁵ Eine Definition des Zugangs ist hier nicht erforderlich, weil klar ist, dass G den Entwurf erhalten hat.

- D/** Dass der Zugang hier erfolgt ist, ergibt sich daraus, dass G geantwortet hat.
- S**⁶ Damit ist ein wirksames Angebot des H gegeben.
- N** Dieses Angebot des H müsste G **rechtzeitig angenommen** haben.
- D** Die **Annahme** ist eine Willenserklärung, durch die der Empfänger des Angebots sein uneingeschränktes Einverständnis mit dem Angebot erklärt.
- S** Die für den Vertragsschluss erforderliche **Annahmeerklärung** der G liegt vor, da sie den Vertragsentwurf ohne Änderungen unterschrieben und an H zurückgeschickt hat.
- N** Die Annahme könnte jedoch **nicht rechtzeitig** erfolgt sein. Das ist der Fall, wenn sie H erst nach **Ablauf der Annahmefrist** zugegangen ist. Hier liegt eine Annahme unter Abwesenden vor.
- D** Die Frage der Rechtzeitigkeit der Annahme eines unter Abwesenden abgegebenen Angebots beurteilt sich nach § 147 Abs. 2 BGB, es sei denn, der Antragende hat für die Annahme des Angebots eine **Frist** gesetzt. Dann ist § 148 BGB maßgeblich.
- S** Dadurch, dass das Angebot des H nach Ziff. 4 des Vertragsentwurfs 14 Tage gelten sollte, hat H eine **Annahmefrist** gesetzt. Diese Frist begann gemäß § 187 Abs. 1 BGB *spätestens* am Ende des Tages zu laufen, als G den Vertragsentwurf erhielt⁷ und endete am letzten Tag des gesetzten Zeitraumes. Zu klären ist, ob es für die Rechtzeitigkeit der Annahme ausreicht, wenn die Annahmeerklärung bis zu diesem Tag abgegeben wird oder ob die Erklärung innerhalb des **Annahmezeitraumes** zugehen muss. Im Regelfall muss die Erklärung innerhalb der Annahmefrist beim Antragenden ankommen, also zugehen im Sinne des § 130 Abs. 1 S. 1 BGB. Das bloße Absenden reicht nicht aus. Da hier wegen fehlender anderer Angaben vom Regelfall auszugehen ist, ist die Annahmeerklärung der G außerhalb der Annahmefrist von 14 Tagen und damit nicht rechtzeitig zugegangen. Der Vertrag ist deshalb nicht zustande gekommen. Es liegt eine **verspätete Annahme** vor.
- N** Die verspätete Annahme könnte ein Antrag der G sein.
- D** Nach **§ 150 Abs. 1 BGB** gilt eine verspätete Annahme als **neuer Antrag**.
- S** Deshalb liegt nunmehr ein Angebot der G vor, durch das sie H den Abschluss des Vertrags zu den im Entwurf des Beherbergungsvertrags enthaltenen Bedingungen anbietet. Das Angebot ist H zugegangen und damit wirksam geworden (§ 130 Abs. 1 S. 1 BGB).
- N** Dieses Angebot müsste H angenommen haben.

⁶ Auf die Definition des Zugangs ist verzichtet worden, da feststeht, dass der Zugang erfolgt ist und es an dieser Stelle *nicht* darauf ankommt, wann der Zugang genau erfolgt ist.

⁷ Nach Palandt/Ellenberger, Bürgerliches Gesetzbuch, § 148 Rn. 3 beginnt die Frist in der Regel schon mit dem Datum des Antrags, nicht erst mit dem Zugang zu laufen.

- S**⁸ H hat keine **ausdrückliche Annahmeerklärung** abgegeben.
- N** Die Annahme könnte aber durch konkludentes (schlüssiges) Verhalten erfolgt sein.
- D** Ein **konkludentes Verhalten** ist eine Willenserklärung, wenn der Erklärende eine Handlung vornimmt, die einen **eindeutigen Schluss** auf einen ganz **bestimmten Rechtsfolgewillen** zulässt.
- S** Durch die Reservierung bringt H klar und eindeutig zum Ausdruck, dass er den Vertrag mit G schließen will. Damit liegt eine Annahmeerklärung vor.
- N** Die Annahmeerklärung müsste wirksam geworden sein.
- D** Die unter Abwesenden erfolgte Annahme des H wird als empfangsbedürftige Willenserklärung nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB (erst) wirksam, wenn sie G **zugeht**.
- S** Im Zeitpunkt der Reservierung war dies noch nicht der Fall, weil G keine Mitteilung erhalten hat.
- N** Etwas anders könnte sich aber aus **§ 151 BGB** ergeben.
- D** Auch diese Vorschrift setzt für das Zustandekommen eines Vertrags eine Annahme voraus. Die Besonderheit besteht darin, dass die – erfolgte – Annahme dem Antragenden gegenüber nicht erklärt (mitgeteilt) werden muss, wenn dieser auf den **Zugang** der Erklärung **verzichtet** hat *oder* wenn eine solche Erklärung nach der **Verkehrssitte** nicht zu erwarten ist.
- S** Hier kommt ein Verzicht der G in Betracht. Da G den schon von H unterschriebenen Vertragsentwurf ebenfalls unterschrieben hat, liegen die Unterschriften beider Vertragspartner vor. Lediglich deshalb, weil G die Annahme – ein wenig – verspätet erklärt, ist ihre Erklärung nach § 150 Abs. 1 BGB rechtlich als neues Angebot zu bewerten, das – was G möglicherweise gar nicht weiß – der Annahme durch H bedarf. Unter diesen Umständen kann davon ausgegangen werden, dass G auf eine Buchungsbestätigung durch H verzichtet⁹. Da H das Angebot der G angenommen hat, sind alle Voraussetzungen für den Abschluss des Beherbergungsvertrags gegeben.

Ergebnis: Zwischen V und K ist ein Vertrag geschlossen worden.

Hinweis

Weitere Punkte sind nicht zu prüfen, da nach der Aufgabenstellung nur gefragt ist, ob ein Vertrag geschlossen wurde. Diese enge Fragestellung war der Grund dafür, dass die Prüfung nicht mit einer Anspruchsgrundlage zu beginnen und auch der berühmte Satz „*Wer will was von wem woraus?*“ nicht zugrunde zu legen war. Es ist auch nicht darauf einzugehen, ob und was sich daraus ergeben könnte, dass G die Reise „aus sehr persönlichen Gründen“ nicht angetreten hat. Schließlich muss auch nicht

⁸ Die Definition der Annahme muss nicht wiederholt werden.

⁹ Es ist auch möglich zu argumentieren, eine Erklärung der Annahme gegenüber dem Antragenden sei nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten, wenn ein Gast eine als verbindlich gewollte Buchung vorgenommen hat.

untersucht werden, welcher Vertragstyp hier vorliegt. Der hier geschlossene Vertrag enthält mietrechtliche Elemente (Überlassung des Hotelzimmers), kaufrechtliche Elemente (Speisen, Beleuchtung) und dienstvertragliche Elemente (Service, Aufräumen und Säubern des Hotelzimmers). Damit liegt ein so genannter „Typenkombinationsvertrag“ vor.
